

POLITIKUM

Heft 3 | 2022

ANALYSEN | KONTROVERSEN | BILDUNG

ZEITENWENDE DEUTSCHE AUSSENPOLITIK

Die Zeichen
stehen auf Sturm
Außenpolitik in einer
krisengeschüttelten Welt

Was braucht
die Bundeswehr?
Rüstungskontrolle:
Thema von gestern?

The West
against the Rest?
Umgang mit
autoritären Staaten

Verlust an
Orientierung
Außenpolitik von
Adenauer bis Scholz



Deutschland: € 12,80, Österreich: € 13,90, Schweiz: sFr 16,90



WOCHEN
SCHAU
VERLAG

Eine kompakte Einführung in die klassischen Teildisziplinen der Politikwissenschaft

Renommierete Autor*innen geben einen Überblick über zentrale Themen, Fragestellungen und Methoden der wichtigsten Teilgebiete des Faches. Dabei werden Veränderungen, Themenkonjunkturen, Kontinuitäten und Brüche herausgearbeitet. So entsteht ein aktueller Entwicklungsbericht und eine Standortbestimmung der Politikwissenschaft.

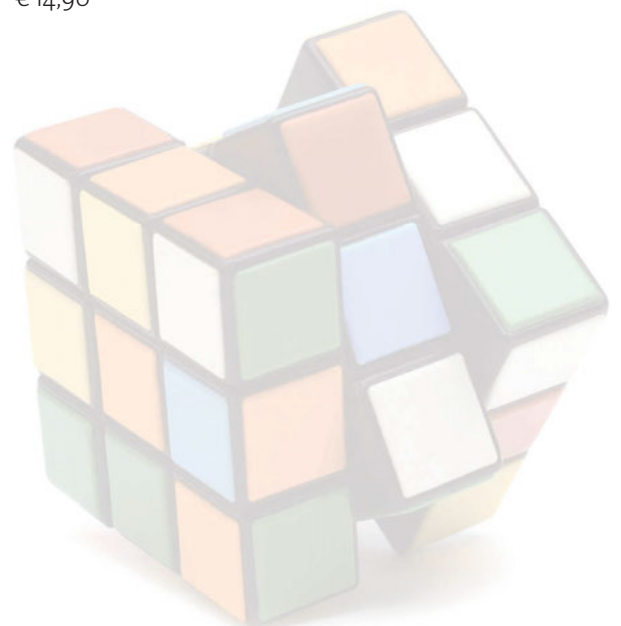
Dieses Buch bietet Orientierung und ist kein Nachschlagewerk. Gleichwohl klärt es zentrale Begriffe differenziert und verständlich auf.
Ein perfekter Start in das Studium der Politikwissenschaft.



Sabine Achour, Hans-Jürgen Bieling, Peter Massing,
Stefan Schieren, Johannes Varwick (Hg.)
Kursbuch Politikwissenschaft I
Grundkenntnisse und Orientierung
Wochenschau Verlag. 1. Aufl. 2022. 208 S.
ISBN 978-3-8252-5828-3
€ 14,90

Mit Beiträgen von

Peter Massing, Hubertus Buchstein, Sabine Kropp,
Hans-Joachim Lauth, Christoph Mohamad-Klotzbach,
Johannes Varwick, Stefan Schieren, Jana Windwehr,
Hans-Jürgen Bieling, Thorsten Faas, Sven Vollnhals
und Kerstin Pohl



ZEITENWENDE: DIE ZEICHEN STEHEN AUF STURM



Die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland war lange von beachtlicher Kontinuität geprägt. Konstante war eine grundsätzliche Zurückhaltung in Bezug auf Führungs- und Gestaltungsansprüche jenseits ökonomischer Fragen. Zugleich wirkte die deutsche Außenpolitik mit der Leitidee der ‚Zivilmacht‘, die insbesondere durch wirtschaftliche Beziehungen und umfangreiche diplomatische Bemühungen bei gleichzeitiger machtpolitischer Zurückhaltung geprägt war, durchaus effektiv. Der stille und doch stetige Aufstieg zur Führungsmacht in Europa ist der deutlichste Beleg hierfür. Seit einigen Jahren schon hat sich Deutschland jedoch zunehmend von diesen etablierten Bezugspunkten gelöst und bewegt sich im Spannungsfeld zwischen Kontinuität und Wandel inzwischen recht deutlich in Richtung Wandel. Zudem berührt der massive Wetterumschwung in den internationalen Beziehungen deutsche Außenpolitik in vielfacher Hinsicht. „Wir erleben eine Zeitenwende. Und das bedeutet: Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor“ – so Bundeskanzler Scholz in seiner inzwischen berühmt gewordenen Rede im Deutschen Bundestag vom 27.2.2022.

Diese sicherheitspolitische Zeitenwende infolge des Angriffs Russlands auf die Ukraine fordert Deutschlands Selbstverständnis und seine Rolle massiv heraus. Sie verschiebt die Prioritäten deutscher Außenpolitik und wirft die Frage auf, wie sich die Bundesrepublik in und nach dieser Krise in einem sich vielleicht nicht gänzlich neu, aber doch deutlich anders strukturierten internationalen Gefüge positionieren wird und die postulierte ‚Zeitenwende‘ gestaltet.

Diese Ausgabe von **POLITIKUM** nimmt die Zeitenwende in der Außenpolitik kritisch in den Blick. Sie verortet deutsche Außenpolitik in ihren Grundkonstanten und längeren Linien, vermisst die Herausforderungen und wagt erste – angemessen kontroverse – Bewertungen in zentralen strategischen Fragen. Deutlich wird: Infolge der Rückkehr des Krieges nach Europa und einer absehbaren Zweiteilung der Welt wird sich deutsche Außenpolitik verändern und neu aufstellen. Das gilt einerseits für den Stellenwert von sicherheitspolitischen Fragen in der Außenpolitik und die Bedeutung von Verteidigungsfähigkeit des Landes mitsamt den dafür erforderlichen Maßnahmen. Andererseits gilt dies auch für die Neubewertung der Frage von ökonomischen Abhängigkeiten, den Umgang mit autoritären Staaten und damit der Zukunft des deutschen Geschäftsmodells als Exportweltmeister, der wie kaum ein anderer von einer offenen internationalen Ordnung profitiert hat. Konsens scheint: Die Zeichen stehen auf Sturm.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'J. Varwick'.

Johannes Varwick



Seite 4

Verlust an Orientierung

Deutsche Außenpolitik wirkt orientierungslos, hat wenig Gestaltungskraft und zeigt oftmals moralisierenden Provinzialismus statt strategischer Weitsicht. Eine realistische Außenpolitik macht aber Interessensverknüpfung über machtpolitische Rivalitäten notwendig. Ein Weckruf.



Seite 30

Deutschland und die neue Geoökonomie

Die Formel „Wandel durch Handel“ hat sich als naiv erwiesen. Doch sowohl ökonomisch wie politisch wäre ein Rückbau der internationalen Arbeitsteilung nicht im deutschen Interesse. Welche Optionen für die Neugestaltung der Handelsbeziehungen sind denkbar?



Seite 14

Wie groß ist die Herausforderung?

In der Zeitenwende wachsen die Anforderungen an deutsche Außenpolitik – und damit auch Gefahren einer Überdehnung von Ansprüchen und Erwartungen. Der Bedarf an multilateralen Lösungen und internationaler Kooperation bleibt jedoch bestehen.



Seite 38

The West against the Rest?

Die globale Anziehungskraft des demokratischen Modells schwindet und Verflechtung führt nicht zwingend zu stabilen internationalen Beziehungen. Das hat für Deutschland weitreichende Konsequenzen, verlangt konzeptionelles Nachdenken – und erhebliche Anpassungen.



Seite 22

Die Zeichen stehen auf Sturm

Die kommenden Jahre werden außenpolitische Ungewissheiten und Herausforderungen bergen wie selten zuvor. Selbst wenn Deutschland klug und geschickt agiert: Es ist offen, ob und wie sich deutsche Außenpolitik in diesem Sturm bewähren wird.



Seite 46

Verteidigen als Leitmotiv

Die Bundeswehr steht angesichts des Angriffs Russlands auf die Ukraine vor einem verteidigungspolitischen Paradigmenwechsel. Deutschland muss verteidigungsfähig werden und seinen Beitrag zur geopolitischen Selbstbehauptung der Demokratien leisten.



Seite 54

Rüstungskontrolle – ein Thema von gestern?

Rüstungskontrolle ist weder überholt noch unzeitgemäß – und auch keine naiv-idealistische Träumerei. Deutschland kann einen wesentlichen Beitrag zu ihrer Wiederbelebung leisten und darf das Feld nicht den auf Konfrontation gepolten Kalten Kriegen überlassen.



Seite 64

Zeitenwende weiterdenken

Die deutsche Russlandpolitik wirkte arrogant und ignorierte die Bedenken der Mittelosteuropäer. Dort hat die deutsche Außenpolitik daher keinen guten Ruf. Auch die außenpolitische Zeitenwende ist bisher kein Sprung nach vorn, sondern eher eine introvertierte Reaktion auf die veränderte Weltlage.



Seite 68

Public Affairs in der Ampel-Ära

Politische Interessenvertretung steht vor einem Paradigmenwechsel. Je mehr die Politik von der Wirtschaft gesellschaftspolitische Mitverantwortung einfordert, desto wichtiger wird ein partnerschaftlicher Ansatz. Der Adressbuchlobbyismus hat ausgedient.

■ Zeitenwende – Deutsche Außenpolitik

Christian Hacke

Verlust an Orientierung und Gestaltungskraft.

Deutsche Außenpolitik von Adenauer bis Scholz 4

Michael Brzoska

Zeitenwende: Wie groß ist die Herausforderung für die deutsche Außenpolitik?

14

Gunther Hellmann

Die Zeichen stehen auf Sturm. Deutsche Außenpolitik in einer krisengeschüttelten Welt

22

Heribert Dieter

Deutschland und die neue Geoökonomie.

Die Rückkehr der Außenpolitik in die

internationalen Wirtschaftsbeziehungen

30

Andreas Nick

The West against the Rest? Der Umgang mit autoritären Staaten als neue Großherausforderung

38

Hans-Peter Bartels

Verteidigen als Leitmotiv:

Was die Bundeswehr braucht

46

Rüdiger Lüdeking

Rüstungskontrolle als Thema von gestern?

Was deutsche Außenpolitik leisten kann

54

■ Interview mit Vladimir Handl

Zeitenwende weiterdenken. „Deutschland ist eine getriebene Ermöglichungsmacht, aber ich sehe keine Dominanz“

64

■ Forum

Dominik Meier

Brückenbauer einer postmodernen Demokratie.

Die neuen Herausforderungen für Public Affairs in der Ampel-Ära

68

■ Rezensionen

Bücher zum Thema

72

Das besondere Buch

76

Bücher für den Politikunterricht

77

■ Literaturtipps

79

Impressum

80



© picture alliance / REUTERS

VERLUST AN ORIENTIERUNG UND GESTALTUNGSKRAFT

Deutsche Außenpolitik von Adenauer bis Scholz

von CHRISTIAN HACKE

Die Bilanz eines dreiviertel Jahrhunderts deutscher Außenpolitik ist zweigeteilt.

Bis 1990 wirkte die alte Bundesrepublik als vorbildliche Zivilmacht. Sie genoss weltweit hohes Ansehen und bildete einen unverzichtbaren Pfeiler der atlantischen Demokratien. Seit der Vereinigung wirkt Deutschland als Zivilmacht ohne Zivilcourage. Zu Beginn der Regierung Scholz scheint das Land orientierungslos, hat wenig Gestaltungskraft und zeigt oftmals moralisierenden Provinzialismus statt strategischer Weitsicht.

Die Jahre von 1949 bis 2022, ein dreiviertel Jahrhundert, markieren eine wechselvolle Geschichte. Nach 1945 unterlag die deutsche Politik zunächst dem Diktat der Sieger. Der Wandel Deutschlands vom mächtigen Subjekt zum ohnmächtigen und geächteten Objekt ließ keine außenpolitischen Optionen zu. Deutschlands tiefer Sturz 1945 aus den Höhen verblendeter Machtpolitik auf das harte Pflaster der Realität ist in seinem Ausmaß für uns heute kaum noch nachzuvollziehen. Die Entwicklungsgeschichte von der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands 1945 über die Bi- und Trizone bis zur Gründung der Bundesrepublik 1949 gleicht daher einem Wunder. Sie war weniger Ergebnis bewusster Planung, sondern wurde erst im Zuge der wachsenden Ost-West-Konfrontation Wirklichkeit. Entwicklungsgeschichtlich war Deutschland 1945 weder auf den Kommunismus eingestellt noch zur nachhaltigen Demokratie fähig. Erst die Bundesrepublik verwirklichte außenpolitische Westorientierung und innenpolitische Demokratisierung als sich gegenseitig bedingende Faktoren.

Etappen deutscher Außenpolitik von Adenauer bis Merkel

Was am Ende der Weimarer Republik zusammenbrach – die Bemühungen um Kooperation mit dem Westen, Prestigegewinn im atlantischen Rahmen sowie Wirtschaftspolitik im Weltmaßstab – wurde nach 1949 für den westlichen Teil Deutschlands und dann nach 1990 für ganz Deutschland überraschend Wirklichkeit. Politische Integration, wirtschaftliche Prosperität und militärische Sicherheit – das, was der Weimarer Republik fehlte – wurde jetzt Schritt für

Schritt Realität (statt vieler: Besson 1970, Hanrieder 1989, Schwarz 1985, Hacke 2003).

Konrad Adenauer: Der außenpolitische Revolutionär

Konrad Adenauer forcierte diese Entwicklung und wurde damit zum außenpolitischen Revolutionär. Im Gegensatz zu seinem innerparteilichen Rivalen, Jakob Kaiser, und auch im Gegensatz zum Führer der SPD, Kurt Schumacher, entwickelte Adenauer rasch ein sensibles Gespür für die dramatischen Veränderungen in Europa und der Welt. Adenauer erkannte, dass die neue Ost-West-Konfrontation Chancen bot, Demokratie durch Westbindung zu sichern. Der Preis war die vorübergehende Teilung Deutschlands. Aber Adenauer machte die Bundesrepublik zum zivilisatorischen Magneten, der erst später seine volle Anziehungskraft zeigen sollte. Adenauers Politik wurde in den wesentlichen Grundlinien von seinen Nachfolgern fortgesetzt. So wurde deutsch-französische Freundschaft zur Achse der westeuropäischen Integrationspolitik, die auch das Überleben und die Renaissance bürgerlicher Lebensweise sichern sollte. Dadurch wurde Adenauer Bewahrer und außenpolitischer Revolutionär zugleich, denn er führte die Bundesrepublik aus der alten geopolitischen Mittellage in die politische Moderne der atlantischen Demokratien.

Willy Brandt: Entspannung nach Osten

Entspannungspolitik nach Osten und verstärkte Bemühungen um innerdeutsche Interessenverknüpfung wurden mit Willy Brandt zur zweiten Säule deutscher Politik. Historisch gesehen kann man den Moskauer



Adenauer und De Gaulle 1962 in Baden-Baden



Brandt empfängt Breschnew in Bonn (1973).

© picture alliance / Heinz-Juergen Goettfert
© picture alliance / Klaus Rose

Vertrag von 1970 in die Tradition von Außenminister Walther Rathenau stellen. Auch mit dem Vertrag von Rapallo 1922 suchte die Weimarer Republik einen Ausgleich zwischen Russland und Deutschland. Der Moskauer Vertrag war Ausdruck dieses Willens zur Aussöhnung und Auftakt zur vertraglichen Regelung der Beziehungen zu weiteren kommunistischen Staaten in Europa. Die Hebelwirkung des Moskauer Vertrages für eine Verbesserung des innerdeutschen Verhältnisses und für die Situation in und um Berlin ist das eigentlich neue Kalkül der Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel gewesen. Unter der Führung von Bundeskanzler Willy Brandt reüssierte die Bundesrepublik zur europäischen Entspannungsvormacht. Die Ostpolitik der Regierung Brandt/Scheel signalisierte dazu neues Selbstbewusstsein der Bundesrepublik, die, nach Aussöhnung mit dem Westen und nach Wiedergutmachung gegenüber Israel, nun die Normalisierung gegenüber den Staaten in Osteuropa und der DDR selbstbewusst und vorbildlich erreichte, soweit diese zwischen freiheitlich-demokratischen und autoritär-ideologisch gelenkten Gesellschaftsordnungen und Staaten möglich war.

Helmut Schmidt: Der Krisenmanager

Im Zuge der Ölkrise ging 1973 eine Epoche billiger Energie zu Ende. Hatte die Ostpolitik die Herzen erwärmt, so wurden die Menschen von den Folgen der Weltwirtschafts- und Energiekrise kalt erwischt. Ein bislang unbekanntes Gefühl der Verwundbarkeit und Unsicherheit machte sich breit. Im Schatten der Weltwirtschaftskrise rückte die Ost- und Deutschlandpolitik in den Hintergrund. Schmidts politisches Gra-

vitationszentrum lag im Westen, nicht in der Mitte Europas. Nicht die Vision einer gesamteuropäischen Friedensordnung, sondern nüchterne Interessen und ein Blick für militärische und strategische Notwendigkeiten prägten Schmidts Gleichgewichtsdenken. Neben Henry Kissinger wurde Helmut Schmidt zum klassischen Verfechter von Gleichgewicht, das er vor allem wirtschaftspolitisch definierte. Wirtschaftspolitisch war die Bundesrepublik für Schmidt entsprechend ihrem gewachsenen ökonomischen Gewicht Weltmacht. Schmidt stemmte sich auch gegen mögliche Einbrüche in der Ost-West-Entspannung und suchte gleichzeitig Europa von amerikanisch-sowjetischen Turbulenzen freizuhalten. Mit seinem konsequenten Eintreten für den NATO-Doppelbeschluss sorgte er für militärische Selbstbehauptung und Dialog mit der Sowjetunion. Sein Mut zur Unpopularität angesichts der innenpolitischen Proteste wurde von der SPD nicht honoriert. Im Gegenteil, sie distanzierte sich zunehmend von ihrem Bundeskanzler. Schmidts sicherheitspolitisches Trauma war weniger ein sowjetischer Angriff, sondern wirtschaftliche Depression und eine Welt ohne Märkte für die exportabhängige Bundesrepublik. Schmidt beherrschte die Weltpolitik, er regierte die Bundesrepublik souverän, aber die eigene Partei entglitt ihm angesichts der wachsenden Pazifismustendenzen in der SPD.

Helmut Kohl: Der Kanzler der Einheit

Glasnost und Perestroika von Gorbatschow begünstigten die Ost- und Deutschlandpolitik der Regierung Kohl/Genscher. Die Regierung Kohl/Genscher erkannte, dass die neuen außenpolitischen Prinzipien von



© picture-alliance / dpa
© picture-alliance / dpa

Schmidt mit dem Westen: Wilson, Ford, Giscard d'Estaing (1975)



Kohl in der „glücklichen Krise“, am 19.12.1989 in Dresden